

Digitaler Ausweis: Die Kantone machen dem Bund Konkurrenz

Der Widerstand gegen die elektronische Identität (E-ID) erreicht eine neue Dimension. Verschiedene Kantone sind von dem Projekt des Bundes überhaupt nicht begeistert.

Erich Aschwanden

22.01.2020, 05.30 Uhr



Eine Allianz von Netzaktivisten und Links-Grün will verhindern, dass private Firmen die schweizerische E-ID herausgeben.

Peter Schneider /
Keystone

Voraussichtlich im Herbst wird das Volk darüber abstimmen, wer in Zukunft in der Schweiz die elektronische Identität (E-ID) herausgeben wird. Dies, nachdem das Referendum gegen die von Bundesrat und Parlament beschlossene Lösung zustande gekommen ist. Sie sieht vor, dass private Firmen und nicht allein der Staat den digitalen Ausweis herausgibt. Doch der Widerstand gegen diese Rollenverteilung ist breiter als ursprünglich angenommen. Neben Netzaktivisten, SP, Grünen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kündigen nämlich auch mehrere Kantone Bedenken und Widerstand an.

Vor allem in der Waadt hat sich die Kritik akzentuiert. «Das Gesetz, das von National- und Ständerat beschlossen wurde, widerspricht fundamental den Prinzipien des Kantons», erklärt Patrick Amaru, der Chef der Direction générale du numérique et des systèmes d'information. «Es geht nicht, dass der Staat diese hoheitliche Aufgabe in die Hand von Privaten legt.» Der Chefbeamte der Staatsratspräsidentin Nuria Gorrite (sp.) führt damit den gleichen Grund für den Widerstand an wie das Referendumskomitee, das 64 000 beglaubigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht hat.

«Bundeslösung ist nicht kompatibel»

Das Waadtländer E-Government-Gesetz untersagt laut Amaru ausdrücklich den Einbezug der Wirtschaft und damit eine Vermischung von hoheitlichen und privaten Zuständigkeiten. «Die Lösung des Bundes ist somit mit unseren kantonalen Vorgaben nicht kompatibel», betont der oberste Informatikverantwortliche. Diese Konstellation bringt die Waadtländer Regierung in eine unangenehme Lage. Soll man die Vorgabe des Bundes widerwillig schlucken und dem Bundesgesetz zustimmen? Oder wagt man den Aufstand und empfiehlt den Stimberechtigten, ein Nein in die Urne zu legen? Gemäss Amaru wird sich der Staatsrat in den kommenden Wochen mit dieser heiklen Frage befassen.

Alles andere als begeistert vom Bundesgesetz über die E-ID ist man auch am anderen Ende der Schweiz, im Kanton Schaffhausen. Die Ostschweizer sind schweizweit Pioniere beim E-Government. Dank der Schaffhauser eID+ können Kantonsbewohner bereits seit 2018 auf ihrem Smartphone eine elektronische Identität einrichten und die darin erfassten Daten vom Einwohneramt offiziell staatlich bestätigen lassen. In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Dienstleistungen der Behörden über die eID+ zugänglich gemacht. Inzwischen verwenden rund 800 Nutzerinnen und Nutzer diese staatliche E-ID.

«Auf unserem Gebiet haben wir bereits ein gut funktionierendes System, das wir weiterbetreiben könnten. Wir hätten uns auch vorstellen können, diese Lösung anderen Kantonen anzubieten», sagt der zuständige Regierungsrat Walter Vogelsanger (sp.). Mit dem

Bundesgesetz entstehe nun eine neue Konkurrenzsituation. Ob man die Eigenentwicklung vom Bund zertifizieren lassen wolle und damit als E-ID-Anbieter auf dem Markt bleibe, habe man in der Regierung noch nicht diskutiert. Ebenfalls noch offen ist laut Vogelsanger, ob Schaffhausen eine Abstimmungsparole fasse. Über dieses Thema habe man in der Gesamtregierung noch nicht gesprochen. «Normalerweise äussern sich Kantonsregierungen ja nicht zu Abstimmungen über Bundesvorlagen. Doch wenn eine besondere Betroffenheit besteht, ist es möglich, eigene Parolen zu fassen», sagt Vogelsanger.

Daniel Graf, die treibende Kraft hinter dem Referendum, wundert sich nicht über die kritischen Voten: «Schon in der Vernehmlassung haben sich einige Kantone skeptisch bis ablehnend zum digitalen Pass geäussert. In den Debatten von National- und Ständerat, die eine eigene Dynamik entwickelt haben, sind diese Stimmen sehr leise geworden.» So haben 2017 beispielsweise die beiden Appenzell die nun zur Abstimmung kommende Aufgabenteilung abgelehnt und sich für eine E-ID aus rein staatlicher Hand ausgesprochen. Auch Umfragen deuten darauf hin, dass die Skepsis gegen Privatfirmen in der Bevölkerung weit verbreitet ist.

Selbstbewusste Zuger

Die bisherigen Projekte in Schaffhausen und der Stadt Zug, die ebenfalls eine eigene digitale Identität herausgibt, würden vom Bund nicht als geregelte E-ID anerkannt und könnten nur im bisherigen Rahmen weiterverwendet werden, hält Ingrid Ryser, Mediensprecherin des Bundesamts für Justiz, auf Anfrage fest. Sie sind ausserhalb des Geltungsbereichs des neuen E-ID-Gesetzes und haben damit denselben unverbindlichen Status wie die Facebook- oder die Google-ID. Gemäss Ryser könnten sich Kantone und Gemeinden als ID-Provider anerkennen lassen, was mit einigem Aufwand verbunden ist.

Anderer Ansicht ist man im Kanton Zug, wo es seit 2016 das «Zuglogin» gibt. «Gemäss unseren Abklärungen ist unsere Lösung so ausgelegt, dass wir keine Zertifizierung mehr brauchen», erklärt der Finanzdirektor Heinz Tännler (svp.) auf Anfrage. Bei dem seit 2016 angebotenen System haben sich über 16 000 Einwohner und Firmen aus dem Kanton Zug registriert. Zwischen den Kantonen und dem Bund gibt es also noch

einigen Klärungsbedarf.

Es habe die Bürgerbewegung gebraucht, um diese Bedenken sichtbar zu machen, sagt Daniel Graf. Vom Widerstand aus den Kantonen erhofft er sich Rückenwind für sein Anliegen: «Die Kantone sind es letztlich, welche den Bürgern die meisten elektronischen Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Wenn sich nun einige von ihnen kritisch äussern, erhöht das natürlich die Chancen des Referendums.» Insbesondere in der Westschweiz erhofft sich Graf von der Haltung der Waadtänder Regierung eine Signalwirkung.

Mehr zum Thema

Sollen Private die E-ID herausgeben? Sieben Antworten zur elektronischen Identität

Das Gesetz über die elektronische Identifizierung (E-ID) ist heftig umstritten. Die Gegner wollen verhindern, dass private Firmen den «digitalen Ausweis» herausgeben.

Erich Aschwanden 22.01.2020



In Schaffhausen und Zug kann man mit dem digitalen Pass Velos mieten und abstimmen

Im Kanton Schaffhausen und in der Stadt Zug können sich Bürger bereits heute eine elektronische Identität ausstellen lassen. Dies sei eine Kernaufgabe des Staates und dürfe nicht Privaten überlassen werden, fordern die Verantwortlichen.

Erich Aschwanden 20.03.2019

